



eine Zeitbombe, von der niemand weiß, auf welchen Zeitpunkt der Zünder eingestellt wurde"

Chemie-Müll: „Nach uns die Gifflut“

Einundvierzig Fässer mit Seveso-Giftmüll sorgten monatelang für zentraleuropäische Aufregung – mehrere tausend Fässer mit dioxinhaltigen Abfällen liegen seit Jahren unbeachtet auf westdeutschen Mülldeponien.

Die unzureichend gesicherten Kippen bergen ein Arsenal hochgiftiger Industrieabfälle – chemischer Unrat aus Jahrzehnten in Megatonnenmenge, der, freigesetzt, hinreichen würde, ganze Landstriche zu verseuchen.

Die Fässer von Seveso – das klingt längst krimträchtig, und der Tatort wäre ja auch beste Kulisse für einen „Maigret“: ein verlassener Schlachthofschuppen irgendwo in der Provinz.

Teer sollte in den 41 Fässern sein, die da, nur mit einer Kunststoffplane abgedeckt, in einer Ecke lagerten, unweit der Dorfschule, nahe beim Kindergarten – „schlechter gesichert“, wie die Berliner „Tageszeitung“ witzelte, „als das Eingemachte von Omi oder das Porno-Heftchen von Papa“.

Am 51. Tag nach seiner Verhaftung hatte Müllbeseitiger Bernard Paringaux in seiner Zelle im Gefängnis von St.-Quentin zugegeben, daß er die tödliche Fracht aus Seveso, nach der acht europäische Regierungen monatelang suchen ließen, zwanzig Kilometer weiter einfach abgestellt hatte, im Dörfchen Anguilcourt-le-Sart.

Es war ein Schock für die Franzosen, die das Gift jenseits ihrer Grenzen in Deutschland wähten, und eine Erleichterung für die Westdeutschen, deren Umweltminister Friedrich Zimmermann ebendies für nahezu unmöglich gehalten hatte – obwohl Kripo und Staatsanwälte an diversen Orten ermittelten und auch der Verdacht aufkam, das Zeug sei auf eine Kippe in der DDR gerollt. Deutschland war sauber geblieben.

Wenigstens dieses eine Mal noch. Denn daß Innenminister Zimmermann einen Fall wie diesen hierzulande „für so

gut wie ausgeschlossen“ hält, ist regierungsamtliche Schönrederei. Müllbeseitigung à la Paringaux ist keine welsche Spezialität.

Täglich verschwindet tonnenweise Giftmüll, und Dioxin, das selbst in feinsten Spuren wirksame Supergift, lagert längst auf westdeutschen Kippen, und zwar ein Vielfaches der in Nordfrankreich sichergestellten Giftmüllreste aus Seveso: allein auf der rheinland-pfälzischen Deponie Gerolsheim 4000 Fässer mit dioxinhaltigem Müll unbekannter Konzentration.

Zwar reklamiert Minister Zimmermann für die Bundesrepublik das „beste Abfallbeseitigungsrecht in Europa“, kodifiziert in mehr als 60 Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Richtlinien – vom „Abfallbeseitigungsgesetz“ bis zur „Verordnung zum Schutz der Bienen vor Gefahren durch Pflanzenschutzmittel“, Bestimmungen von Ländern und Kommunen, ein Mehrfaches der Bundesvorschriften, kommen dazu.

Bis ins Detail ist in den vergangenen zehn Jahren auch geregelt worden, wer was, wo und wie ablagern darf. Auf Vordrucken in sechsfacher Ausfertigung wird der Transport von Giftmüll festgehalten, lückenlos und gründlich. Doch das gutgemeinte Regelwerk garantiert keinen effektiven Schutz.

Zum einen wird ganz legal verschmutzt: Keine Umweltschutzbestimmung verhindert bislang den Sauren Re-

gen, an dem der deutsche Wald dahinsiecht, kein Regelfilter hält Chemieabfälle fest, die Flüssen und Seen allmählich den Tod bringen – ganz zu schweigen von jener behördlich sanktionierten Gifflut, die Bauern mittels Chemie auf ihre Äcker ausbringen, um die Ernte vor Schädlingsbefall zu bewahren. Schon sind in der drittgrößten Chemie-Nation der Welt rund sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche so verseucht, daß sie kaum mehr nutzbar sind – ein Areal, fast viermal so groß wie das Saarland.

Zum anderen greifen die Gesetze nicht. Selbst das Abfallbeseitigungsrecht mit seiner eindeutigen Zielsetzung vermag seiner Intention nicht zu genügen. Experten schätzen, daß noch immer etwa die Hälfte allen Giftmülls durch Gesetzeslücken und an laschen Kontrollen vorbei beiseite geschafft wird – kriminelles Verschwindenlassen inklusive.

Gänzlich ungeeignet ist das westdeutsche Umweltrecht aber vor allem zur Abwehr eines Gefahrenpotentials, das in den Gesetzestexten nicht einmal vorkommt: Chemiedreck aus Jahrzehnten, amtlich „Altlast“ genannt. Auf ungezählten Deponien liegen – überall ist Seveso – Millionen Tonnen hochgiftiger Stoffe, von denen schon wenige Gramm, freigesetzt, genügen würden, ganze Landstriche unbewohnbar zu machen.

Es ist der angehäuften Abraum der westdeutschen Industriegesellschaft – ein

Horrorarsenal chemischer Substanzen, neben dem sich die 41 Seveso-Fässer noch harmlos ausnehmen.

Tödliche Risiken bergen Industrieabfälle auf wilden und geordneten Kippen, von denen die meisten zwar geschlossen, aber nicht entschärft wurden. Bedroht sind Grund- und Trinkwasser, auf dem Spiel stehen Gesundheit und Leben von Pflanzen, Tieren und Menschen. Da tickt, so Fritz Vahrenholt, Giftmüllexperte im hessischen Umweltministerium, „eine Zeitbombe, von der niemand weiß, auf welchen Zeitpunkt der Zünder eingestellt wurde“.

Im Untergrund der Republik schlummert ein Gemenge toxischer Stoffe, das, schleichend oder auch mal über Nacht, zum Umweltverhängnis werden kann: Blut- und Nervengifte, Krebserreger und Erbgutschädiger, Kampfgas noch aus

produkt bei der Herstellung von Pflanzvernichtungs- und Holzschutzmitteln anfällt. Es ist eine der giftigsten Substanzen, die je synthetisiert wurden. Bereits 0,03 Millionstel Gramm pro Kilogramm Körpergewicht führen zur Schädigung des Embryos. Dioxin ist krebserregend und verursacht schwere Hauterkrankungen (Chlorakne).

Nach einem Dioxin-Unfall bei BASF in Ludwigshafen im Jahre 1953 erkrankten 55 Menschen an Chlorakne, 42 von ihnen wurden bis zur Unkenntlichkeit entstellt; 1958 erlitt ein Schlosser eine Dioxin-Vergiftung, neun Monate später starb er. Alle Kaninchen, die bei 15 Jahre währenden Tests in die vergiftete Fabrik geschickt wurden, starben. 1968 ließ BASF das Werk abreißen, weil selbst die Chemieprofis daran scheiterten, das Gebäude zu entgiften.



Umweltminister Zimmermann: „Bestes Abfallrecht in Europa“

dem Zweiten Weltkrieg – Killerstoffe allesamt.

„Mit der Giftmüll-Altlast“, klagt Hessens Umweltminister Karl Schneider, „haben wir ein schweres Erbe. Niemand weiß, wann die alten Fässer durchgerostet sind.“

Deponiert sind Galvanikschlamm und Akkumulatoren-Säuren, Schmier- und Lösungsmittel, Rückstände von Pflanzen- und Insektenvernichtungsmitteln und Abfallstoffe aus der Kunststoffproduktion – Substanzen, die zum Teil so giftig sind wie Arsen oder Zyanalkali, oder giftiger noch.

Als besonders gefährlich gelten die Polychlorierten Biphenyle (PCB), die vor allem als Imprägnier-, Schmier-, Isolier- und Kühlmittel benutzt werden, und eben Dioxin, das sich bei Bränden aus PCB entwickeln kann, normalerweise aber vor allem als unerwünschtes Neben-

produkt bei der chemisch als „2. 3. 7. 8. – Tetrachlordibenzo-para-dioxin“ beschriebene Substanz in mehreren westdeutschen Deponien lagert, in rostenden Fässern, und zusammen mit anderen Giften wie Phenolen, Cyaniden und Toluol, macht für Umweltsachverständige den Kern der Besorgnis wegen der „Altlast“ aus – ein „Problem von riesiger Dimension“ (Umweltbundesamt).

Zwar ist gewiß, daß zumindest Teile dieser brennenden Mischung eines Tages Wasser versuchen oder in die Luft gehen werden. Doch Art, Ort, Zeitpunkt und Ausmaß der „denkbaren Katastrophe“ (Hessens Umweltminister Schneider) sind wegen eines ganzen Bündels von Unklarheiten schwer abzuschätzen. Denn unbekannt ist,

▷ wo überall gefährliche Stoffe abgelagert worden sind;

- ▷ welche Arten und Mengen von Giftmüll jeweils deponiert worden sind und wie hoch ihre Konzentration ist;
- ▷ ob und wie die Gifte verpackt sind, wie lange Fässer oder andere Behälter der Korrosion standhalten;
- ▷ auf welchem Weg und mit welcher Geschwindigkeit freigesetzte Gifte durch Erdreich und Grundwasser wandern.

Ungewiß ist insbesondere, wo und in welchen Mengen dioxinhaltige Produktionsrückstände in der Bundesrepublik vergraben worden sind. Angefallen ist das Teufelszeug jahrelang in zahlreichen Chemiefirmen, vor allem bei BASF, Bayer in Leverkusen und Boehringer in Hamburg.

Nur Boehringer wendet heute noch ein Verfahren an, bei dem Dioxin, als Verunreinigung, entsteht. Jahrelang stapelte die Firma den Dreck auf dem Firmengelände, ließ Tausende Fässer auf Deponien ins niedersächsische Hoheneggelsen und nach Gerolshausen karren – wohin sonst noch, ist unbekannt, das Unternehmen weiß es angeblich selber nicht mehr so genau.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Bundesrepublik von amerikanischen Verhältnissen eingeholt wird. Umweltexperten pflegen warnend von „Love Canal“ zu sprechen.

So heißt eine Siedlung nahe den Niagara-Fällen, deren Bewohner 1978 evakuiert werden mußten. Asthma-Anfälle hatten sich gehäuft, die Krebsrate und die Zahl der mißgebildeten Babys war deutlich über den Landesdurchschnitt gestiegen. Der Grund: Die Siedlung war über einer ehemaligen Müllkippe mit Tausenden Tonnen hochgiftiger Chemikalien, darunter auch Dioxin, gebaut worden, und das Zeug war ins Grundwasser geraten.

Anfang dieses Jahres mußten die 2400 Einwohner des Ortes Times Beach im US-Staat Missouri ihre Häuser verlassen: Ein Ölhändler hatte 1974 dioxinhaltige Chemieschlamm, mit Althöl vermischt, zur Befestigung von Straßen versprüht: Vögel starben, dann Katzen, Hunde und Pferde, schließlich erkrankten auch Menschen. Erst nach einer Überschwemmung im Dezember 1982 wurde das Dioxin im Boden aufgespürt: Das Erdreich wies bis zu 30 000 ppb* des Seveso-Gifts auf. Schon bei wenigen ppb gilt der Boden als verseucht.

Und in den USA wie in Vietnam zeigen sich noch andere Folgen des Umgangs mit dem Ultragift: mißgebildete Kinder hier wie dort. US-Soldaten hatten während des Vietnam-Krieges mit dem dioxinhaltigen Kampfgift „Agent Orange“ auf rund 20 000 Quadratkilometern den Dschungel entlaubt und selbst was abbekommen.

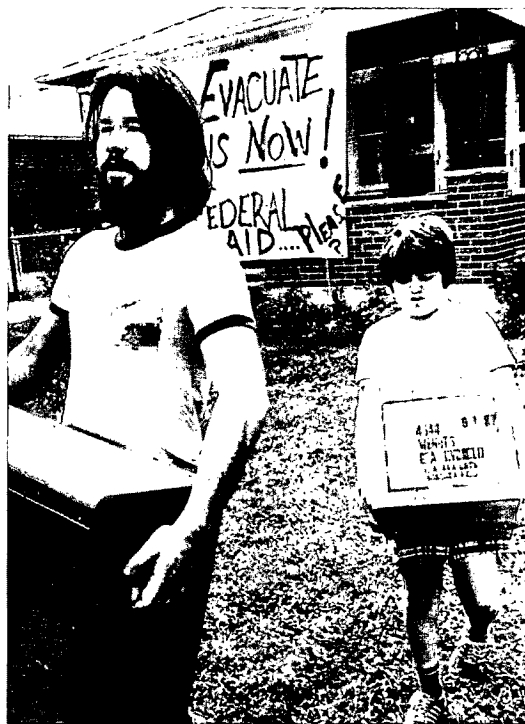
In der Bundesrepublik, wo einer schon Bußgeld zahlen muß, wenn er in die

* ppb – parts per billion (am.), ein Teil auf eine Milliarde Teile.

Büsche pinkelt oder eine Zigarettenpackung in die Gegend wirft, werden die Gefahren, die vom Dioxin und von anderem Giftmüll ausgehen, noch immer verdrängt oder verharmlost – gemäß der Devise „nach uns die Giftflut“, wie ein Umweltbeamter es ausdrückt.

Rund 500 Millionen Tonnen Abfälle, alles zusammengekommen, sind jedes Jahr in der Wohlstandsrepublik übrig – das reichte hin, eine Zugspitze aus Müll aufzutürmen. Ein knappes Viertel dieses Unrats fällt bei der Industrieproduktion ab; für jede Tonne chemischer Erzeugnisse, so eine Faustformel der Branche, muß mit rund 160 Kilogramm Problem-müll gerechnet werden.

Aber dieser Kehrlichtberg im Hinterhof der Überflußgesellschaft wäre nur eine Verpackungsfrage, wenn es nicht den im Amtsdeutsch so genannten „Sondermüll“ gäbe – jene Abfälle, „die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel oder brennbar sind oder Erreger übertragba-



Räumung von Love Canal
Am Müll erkrankt

Rückstände („Filterkuchen“) aus der Rauchgasentschwefelung in Kohlekraftwerken. Sondermüll sind auch jene sieben Millionen Tonnen giftiger Schlämme aus westdeutschen Kläranlagen und rund 200 000 Tonnen Arzneien, Farbstoffe oder Batterien, die jährlich als gewöhnlicher Haushaltsmüll enden.

Einfach ins Meer gekippt werden jährlich mehrere hunderttausend Tonnen schwermetallhaltige Klärschlämme und über eine Million Tonnen Dünnsäure. Andere europäische Staaten versenken sogar ihren Atommüll im Atlantik – eine Methode, mit der auch westdeutsche Politiker und Atommanager das Lagerproblem für schwach- und mittelaktiven Strahlenmüll gerne lösen würden.

Den neben dem Atommüll gefährlichsten Teil der „problematischen Abfälle“, rund drei Millionen Tonnen, produzieren bundesdeutsche Industrie- und Gewerbebetriebe, vor allem chemische Industrie und Petrochemie. Und es bereitet Kosten wie Kopfzerbrechen, den Problem-müll zu entproblematisieren.

Ein Teil wird auf chemischem Wege per Recycling erneut verwendet oder in mehr oder minder harmlose Stoffe umgewandelt, ein weiterer Teil wird – auf eigens dafür konstruierten Schiffen oder in speziellen Anlagen an Land – verbrannt, der erhebliche Rest, etwa zwei Millionen Tonnen, verschwindet auf andere Art: Der Dreck wird versteckt.

Ganz offiziell wird der gefährliche Unrat unter die Erde gekehrt, beispielsweise 700 Meter tief im stillgelegten ostthessischen Bergwerk Herfa-Neurode. Das meiste aber wird nur knapp unter der Oberfläche in alten Lehmkuhlen oder ausgebeuteten Sandgruben verscharrt –

gerade so, daß schnell noch Gras drüber wachsen kann. Und was Produzenten oder Transporteure so diskret wie die Seveso-Fässer loswerden wollen, verschwindet, Simsalabim, auf anderen Wegen und landet auf Hausmülldeponien, Firmengeländen und manchmal irgendwo im Grünen.

Der laxer Umgang mit Schadstoffen hat Tradition. Jahrzehntlang vergrub eine Lobby aus Produzenten, Transporteuren und Deponiebetreibern gefährliche Last – wo immer es gerade ging und meist ohne Rücksicht auf die Folgen. Nach einer vorläufigen Statistik des Berliner Umweltbundesamtes gibt es „mindestens 45 000 alte ungeordnete und unkontrolliert verfüllte Ablagerungsplätze mit zum Teil unbekanntem Gefährdungspotential... Wie viele kontaminierte Standorte es insgesamt gibt, wenn man verunreinigte Industriegelände, alte Gaswerksgebiete und verfüllte Bombentrichter hinzurechnet, ist weitgehend unbekannt.“

Der hessische Umweltminister Schneider kennt mindestens 87 hessische Altdeponien, die brisanten Müll zuhauf bergen. Die Kippe mit dem übelsten Ruf liegt bei Großkrotzenburg und wurde von den Hessen „Plaumann-Park“ genannt – nach dem kriminellen Müllbeseitiger Siegfried Plaumann, der bis 1973 als Mitglied einer Müll-Mafia Giftstoffe aller Art in mehreren Bundesländern vergraben ließ.

Nur 100 Meter vom Main entfernt hatten Plaumann und Konsorten auf der acht Hektar großen Kippe beispielsweise 350 Tonnen cyanidhaltige Härtesalze unerlaubt abgelagert. Fahnder des hessischen Landeskriminalamtes erstellten eine Liste der verbuddelten Stoffe, die sich wie ein Horror-Rezept liest. Auszug:

Ymos, Schleifstaub-Dauerauftrag, 56,1 m³ chlorierte Kohlenwasserstoffe; Kinzig, 13,2 m³ Lösungsmittel Aceton, Äthylacetat, Xylol; DB-Frankfurt, 401 m³ Öl, Wässerschlämme; Lerner, 16,5 m³ Natronlauge, Schwefelsäure, Salzsäure; DB-Darmstadt, 140 m³ Ölschlämme; Rodgau, 44 m³ Ölschlämme; Bostik, 330 m³ Lösungsmittel Butandiol, Tetrahydrofuran, Methanol, Wasser; Keram-Chemie, 334,8 m³ Phenol-Formaldehydharze und Furfurylalkoholharze; Siemens, 236 Fässer Härtesalze, Reinigungsmittel, Tri- u. Perchloräthylen, div. Ölschlämme, 624 m³ entgiftete Galvanikschlämme; Glanzstoff, 34,99 m³ Toluol u. Äthanol; Eberling, 37 m³ Öl-Wassergemisch; KLN, 5,5 m³ Säuren, V 2 A Beize, Salpetersäure, Alu- u. Cu-Beize; Nord-Micro, 8,75 m³ Altöl-Bohrwasser-Colibratingfluit; Rewo, 27,3 m³ konzentrierte, wässrige waschaktive Tenside; Buderus, 7 m³ Ätznatron; Marienhütte, 1075 t Formsand; RBG, 188,5 m³ Metallhydroxidschlamm; Zimmermann,



Dioxin-verseuchte Erde in Love Canal
Auf Müll gebaut

rer Krankheiten enthalten oder hervorbringen können“.

Diese Formulierung des Abfallbeseitigungsgesetzes bezieht sich auf Salze der Blausäure (Cyanide) ebenso wie auf Alkole, die in Werkstätten aus Motorblöcken abfließen. Sie gilt für die mit Viren und Bakterien verseuchten Krankenhausabfälle und für ganze Schiffs-ladungen schwefeliger Säure aus der chemischen Industrie zwischen Hamburg und Basel.

Zum Giftspektrum gehören aber auch rund dreizehn Millionen Tonnen sogenannter produktionspezifischer Abfälle, wie etwa die bei der Herstellung von Farben anfallenden Dünnsäuren oder



Westdeutsche Giftmüll-Deponie in Hessen 1973: „Mit der Altlast haben wir ein schweres Erbe“

Dauerauftrag Marmorschläm, 463,4 m³; DuPont, 21,7 t Lösungsmittel Aceton, Iso-propanol, Methanol, Äther; EMDA, 14 t Schwefelsäure; Ruwal, 30 m³ Lösungsmittel arom. Alkohole, Acetate, chlorierte Kohlenwasserstoffe; Dunlop, 19,5 t Altöl, ca. 100 t ölverschmutzte Feststoffe; Heidelberger, 84 m³ alkal. Ölschlamm, 176 m³ Lackschlamm; Druckm., 224 m³ ölhalt. Schleifschlamm, 3 m³ ohne Bez.; Horst, 3,3 m³ Öl- u. Leimrückstände, 263 m³ unsortierter Müll; Bickenbach, 104 m³ ölhaltige Schlämme; Degussa, 3 m³ Lösungsmittel, Alkohol, Ester, Aceton, Essigsäure, 44 Faß Streichmassenrück.; Dekalin, 193,4 t Lösungsmittel, Benzin, chlorierte Kohlenwasserstoffe.

Das alles liegt dort, in einem ausgewiesenen Trinkwassergebiet, noch immer. Zwar mußte Hessens Umweltminister Werner Best (SPD) 1973 zurücktreten, weil er den Fall mit Verve heruntergespielt hatte. Plaumann wurde 1975 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, freilich nur wegen Betrugs – weil er Verträge mit der Industrie nicht eingehalten und Gift einfach wegkippt hatte. Eine Verunreinigung des Grundwassers, erläuterten die Richter damals, sei nicht konkret nachzuweisen und niemand zu Schaden gekommen.

An die Langzeitwirkung der Giftbomben Plaumanns, der pro Jahr rund 55 000 Kubikmeter Industriemüll unter die Erde gebracht haben soll, dachte bis vor kurzem niemand. An der alten Kippe, so wiegelte Hanau's Oberbürgermeister Hans Martin noch im April im Stadtparlament ab, werde „laufend überprüft, ob Schadstoffe austreten“. Umweltminister Schneider beruhigte die Hessen, in Großkrotzenburg würden „regelmäßige Probebohrungen“ und „Grundwasseranalysen“ vorgenommen.

Tatsächlich aber liegt, wie die Landesanstalt für Umwelt jetzt einräumt, die letzte Überprüfung in Großkrotzenburg schon vier Jahre zurück – der Dreck von damals ist offenbar längst auf unterirdische Wanderschaft gegangen: In den letzten Monaten mußten zwölf Hanauer Trinkwasserbrunnen geschlossen wer-

den, weil das Wasser mit Halogenkohlenwasserstoffen verseucht war.

Nichts spricht dafür, daß andere Gegenden vor solchem Risiko gefeit wären. In Mühlheim bei Offenbach, in einer ehemaligen Kiesgrube nahe den Brunnen des Wasserwerks, liegen unbekannte Mengen Ölschlamm, Harz- und Toluolrückstände, Härtesalze und Galvanikschlämme.

„Die Grundwasserströmung“, so das Wiesbadener Umweltministerium, „ist nicht eindeutig bekannt“, die Gefährdung des Trinkwassers sei „nicht ausgeschlossen“.

Das gilt so für fast alle Altlast-Halden. Denn ob, wann und wie vor Jahren einmal abgekippte Gifte ins Grund- oder Trinkwasser sickern, läßt sich kaum im voraus berechnen. „Wir haben das“, sagt Carl-Otto Zubiller, Referent für Sonderabfall im hessischen Umweltministerium, „im Grunde nicht im Griff.“

„Die Hauptgefahr liegt darin“, sagt Polizeihauptkommissar Günter Hommel, Verfasser des „Handbuchs der gefährlichen Güter“, „daß die Sache so geheimnisvoll, so unberechenbar abläuft. Durch schwer übersehbare Faktoren, etwa die Grundwasserströme, kann der Giftstoff plötzlich ganz woanders in einem Trinkwasserstrom wieder auftauchen – man kann dann nicht einmal feststellen, woher er kommt.“

Nicht auszumachen war beispielsweise, woher die „gelbe gewässerschädliche Brühe“ kam, die ein Landschaftswart in Wäldern und Gewässern bei Bergkamen (Nordrhein-Westfalen) entdeckte. Und als am Frankfurter Stadtrand ein Trinkwasserbrunnen geschlossen werden mußte, weil jeder Liter Wasser ein Milligramm Cyanid enthielt (zwanzigmal soviel wie erlaubt), ließ sich die Herkunft des Gifts auch nicht klären.

Noch Jahrzehnte später können eingesickerte Substanzen auftauchen: 1958 starb im nordrhein-westfälischen Ratingen ein Mann an Trinkwasser, das, so ergaben die Untersuchungen der Chemi-



Giftmüll-Transporteur Plaumann
Einfach weggekippt

ker, 6,5 Milligramm Arsen pro Liter enthielt, das 162fache der behördlich geduldeten Menge. Der Todesstoff war 1918 vergraben worden und hatte sich vierzig Jahre lang in einer sogenannten Verschmutzungsfahne im Grundwasser, 200 Meter lang und 60 Meter breit, auf den Trinkwasserbrunnen zubewegt.

„Unglaubliche Schlamperei“ und „fehlendes Umweltbewußtsein in früheren Jahren“ beklagt der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer. Jetzt läßt er, wie seine Kollegen in den übrigen Bundesländern, ermitteln, wie viele gefährliche „Altablagerungsplätze“ das Land birgt. Vorläufiges amtliches Zwischenergebnis: 4550 Orte.

In Hamburg kartierten Behörden insgesamt rund 2000 Stellen, von denen Umweltgefahren ausgehen könnten. Eine Ex-Deponie im Stadtteil Georgswerder, wo bis 1972 neben 13 Millionen Kubikmetern Hausmüll massenhaft Industrieabfälle verschwanden, bereitet besondere Sorge, weil die Ton-



schicht unter der Kippe sich als löchrig erweist.

Ein internes Gutachten der Hamburger Baubehörde (Titel: „Grundwasseruntersuchungen im Unterstrom einer Deponie“) schließt nicht aus, daß aus „Fenstern“ im Untergrund Giftstoffe „ausbluten“ könnten – bei „Freiwerden großer Mengen hochtoxischer Verbindungen“ wäre das eine Katastrophe.

Doch ausgeräumt kann der Dreck nach Ansicht von Kommunalpolitikern auch nicht werden. Der vermutete Inhalt der Grube, darunter Chemieabfall von Boehringer mit Dioxin-Rückständen und 32 Fässer E 605, gilt als so brisant, daß bei einer Sanierung „der halbe Stadtteil Wilhelmsburg für Jahre evakuiert werden müßte“.

Das gilt ähnlich für die pfälzische Sondermülldeponie in Gerolsheim. Dort lagern, unter anderem, 4000 Fässer, die das Hamburger Boehringer-Werk vor zehn Jahren abklappen ließ – es war Dioxin-Müll.

Täglich rollten damals Last- und Tankzüge in Gerolsheim an und luden Giftabfall aus halb Europa ab. Otto Schupp, der jahrelang mit der Planierdrape den Dreck auf der Kippe verschob, erinnert sich:

In der Regel wurden die Fässer von Lastwagen abgekippt und mit der Drape in die vorgesehene Lagerposition geschoben. Dabei platzten immer etwa 50 Prozent der Gebinde auf, deren Inhalt sich verstreute. Nicht selten konnte ich dabei nicht mehr atmen und verlangte eine Gasmaske.

Einmal handelte es sich um ein Gift gegen Kartoffelkäfer, das auch die umliegenden Äcker verseuchte. Ein andermal wäre ich beim Überfahren einer planierten Lagerstelle beinahe in die Luft geflogen. Es knallte, meine tonnenschwere Drape wurde hochgeschleudert. Danach lag die Deponie unter einer schwarzen Staubschicht. Manchmal fingen abgeladene Fässer einfach an zu brennen. Selbst als

sie mit Erdschutt zugeschoben waren und die Flammen erstickt sein mußten, qualmte es an dieser Stelle noch lange aus der Erde.

Amtliche Kontrollen auf der Deponie waren zwecklos, Inspektionen wurden zwei bis drei Wochen vorher avisiert. An solchen Tagen wurden Sondertransporte auf andere Müllplätze umgeleitet, auf der Kippe kam ungewohnte Aktivität auf.

Der Giftmülltransporteur Karl Heinz Benz, der in Gerolsheim „zwischen 10 000 und 50 000 Tonnen“ Chemieabfälle ablieferte, darunter Härtesalze, Phenolharze, Chloridbadreste und „ätzende, stinkende Flüssigkeiten, die Motorwagen und Hänger zerfraßen“, schildert:

Die haben die Deponie dann einen ganzen Tag lang auf Hochglanz gebracht, die Raupen abgespritzt und die Deponie mit Füllkies, der eigentlich für den Verkauf gedacht war, überzogen. Es sah aus wie in einem Steingarten. Vorzeigefässer standen bereit, in die sie die Prüfungskommission blicken ließen.

„Wie bei fast allen“ westdeutschen Altdeponien, weiß der rheinland-pfälzische Umweltminister Rudi Geil, könne auch „nicht endgültig und umfassend gesagt werden“, „welche Stoffe in Gerolsheim abgelagert worden“ seien. Doch das Gefährdungspotential soll nun nicht etwa beseitigt und die Deponie saniert werden, sondern das Gift bleiben, wo es ist. Geil: „Eine Auskoffnung der Deponie Gerolsheim könnte genau die Umweltgefährdung bewirken, vor der zu Recht die Menschen in dieser Region Sorgen und Befürchtungen haben.“

Die Sanierung des Giftlochs in der Pfalz, Anfang Mai von dreitausend Bürgern auf einer Protestveranstaltung gefordert, hält Geil für eine „unüberlegte

Aktion“, der Chemiemüll sei, im Gegenteil, in der Gerolsheimer Grube noch am sichersten aufbewahrt. Ausgebeutete Tonkühlen, da greift Geil zum Standardargument von Umweltpolitikern, seien zur Endlagerung giftiger Substanzen bestens geeignet, weil undurchlässig.

Das ist allenfalls eine Hoffnung. Deponiearbeiter wie der Gerolsheimer Raupenfahrer Schupp haben miterlebt, wie die Tonschicht unter der tonnenschweren Abfalllast „von Baggern durchlöchert wurde“, nach Schupps Erinnerung genau an der Stelle, wo später die Dioxin-Fässer landeten.

Auch ohne solche „Fenster“ im Ton sind Giftmüllkippen keineswegs so sicher, wie Politiker sie gerne hätten – weder die mittlerweile 45 000 geschlossenen Deponien noch die 33 Sondermüllplätze, die derzeit in der Bundesrepublik beschickt werden dürfen. Zwar werden Lager heute auf möglichst wasserundurchlässigem Untergrund angelegt und mit Ton oder Folien abgedichtet. Sie dürfen auch nicht mehr in Grundwassergewinnungsgebieten liegen.

Doch Geologen und Wasserwissenschaftler haben gleichwohl Bedenken: Während beispielsweise der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gerhard Glup besorgte Bürger beschwichtigte, die erst 1970 eröffnete Deponie München sei „dicht“, kamen Ende April die Aachener Wissenschaftler Karl-Heinrich Heitfeld und Harro Stolpe unabhängig voneinander zu dem Schluß, der Müllplatz sei eine Umweltgefahr, da giftige Brühe ins Grundwasser versickere. „Erst bei einer 1000mal geringeren Durchlässigkeit“, so Heitfeld, „könnte man von einer ‚dichten‘ Schicht sprechen.“

Solche Berechnungen untermauern, was Umweltinitiativen rund um Sondermülldeponien häufig beobachten: Mal werden, wie in Großkrotzenburg,



Hessischer Umweltminister Schneider (r.): „Die Katastrophe ist denkbar“

* Mit Forstexperten, die im Taunus Auswirkungen des Sauren Regens überprüfen.

Grundwasser oder Bäche verschmutzt, mal sterben, wie in Münchenhagen, Bäume und Sträucher. Offenkundig lassen selbst Tonschichten, die als undurchdringlich galten, Sickerwasser durch.

Auch „deponietechnische Maßnahmen“, etwa die Abdichtung mit Kunststoff-Folien, können Verunreinigungen des Grundwassers nicht sicher ausschließen. Hydrogeologe Stolpe verweist in einem Buch über Giftmüllbeseitigung auf „wesentliche Kenntnislücken“ auch bei der Abdichtung. Wie etwa Gemenge chemisch aggressiver Stoffe über Jahrzehnte hinweg auf Tonschichten oder auf die Schweißnähte der Plastikfolien wirken, läßt sich nur vermuten. Für Stolpe steht fest, daß der Sondermüll von heute trotz verbesserter Lagertechnik die „Altlast von morgen“ ist und deshalb über „unbestimmte Zeiträume“ überwacht werden muß.

Auf den einzig umweltsicheren Weg im Umgang mit chemischen Rückständen mochten sich Politiker in Bund und Ländern bislang nicht begeben: Gesetzliche Grundlagen für ein Produktions- und Anwendungsverbot für besonders giftige Stoffe wurden nicht genutzt oder gar nicht erst geschaffen.

Obgleich es „möglich und notwendig“ wäre (Hessens Umweltminister Schneider), Schadstoffe zu verbieten, wenn sie „die Umwelt gefährden“ (Chemiekaliengesetz), werden in der Bundesrepublik noch immer massenhaft gefährliche Güter und Abfälle produziert, die anderswo längst verboten sind oder durch weniger gefährliche Substanzen ersetzt werden können.

So haben beispielsweise Norwegen, Italien und die Niederlande Herstellung und Anwendung des dioxinhaltigen Pflanzenvernichtungsmittels 2.4.5-T



Giftmüll-Deponierung in Hoheneggelsen: Wann sind die Fässer durchgerostet?

schon vor Jahren untersagt. Andere Stoffe, wie das krebserregende Asbest oder das in rund 60 000 Trafos als Kühlmittel eingesetzte PCB, bei dessen Erhitzung Dioxin entstehen kann, sind gegen umweltfreundlichere Mittel austauschbar.

Hamburgs Umweltsenator Wolfgang Curilla und sein NRW-Kollege Bäumer hatten vergangenes Jahr über den Bundesrat schon mal ein Anwendungsverbot

von 2.4.5-T-haltigen Mitteln durchsetzen wollen. Die CDU-Mehrheit war dagegen. Das Bundesgesundheitsamt hat, ebenfalls letztes Jahr, die Genehmigung für derartige Stoffe sogar noch um drei Jahre verlängert. Bäumer: „Damit werden wir zu Versuchskaninchen; müssen denn erst Menschen krepieren?“

Erst wenn öffentlicher Druck entsteht, stecken Giftproduzenten schon mal von sich aus zurück: Auf dem Höhepunkt der Debatte um die verschwundenen Seveso-Fässer gab der Bayer-Konzern bekannt, PCB werde künftig nicht mehr hergestellt. Boehringer in Hamburg teilte mit, demnächst würden keine dioxinhaltigen Stoffe mehr produziert.

Was das westdeutsche Abfallbeseitigungsrecht in der Praxis wert ist, wird schon bei den amtlichen Genehmigungen sichtbar, die Voraussetzung für die Produktion gefährlicher Güter mit giftigen Rückständen sind. Obgleich die Unternehmen zur schadlosen Beseitigung des Mülls verpflichtet sind, scheren sich mancherorts weder Behörden noch Firmen sonderlich darum.

So erhielt der Chemiemulti Bayer für sein Werk im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel die Erlaubnis, pro Stunde 75 000 Kubikmeter Abwasser in die Elbe zu pumpen – ohne daß Bayer die Art, Menge und Konzentration der Spülmasse hätte anzugeben brauchen; die Blankoerlaubnis gilt bis zum Jahre 2024.

Wie zu Wasser, so zu Lande: Als die „Müllverwertung Dithmarschen“ im Auftrag des Kieler Sozialministeriums Alt-Medikamente en masse aus Zivil-



Protest gegen Giftmüll-Deponie in Gerolsheim: Gefahr noch nach Jahrzehnten

schutz-Beständen zu einer entfernten Verbrennungsanlage schaffen sollte, verfiel das Unternehmen auf eine näherliegende Lösung. Statt im Ofen landete das Gift auf einer Hausmüllkippe im Kreis Dithmarschen. Da soll es, wie das Dioxin in Gerolsheim, mit amtlicher Billigung auch bleiben.

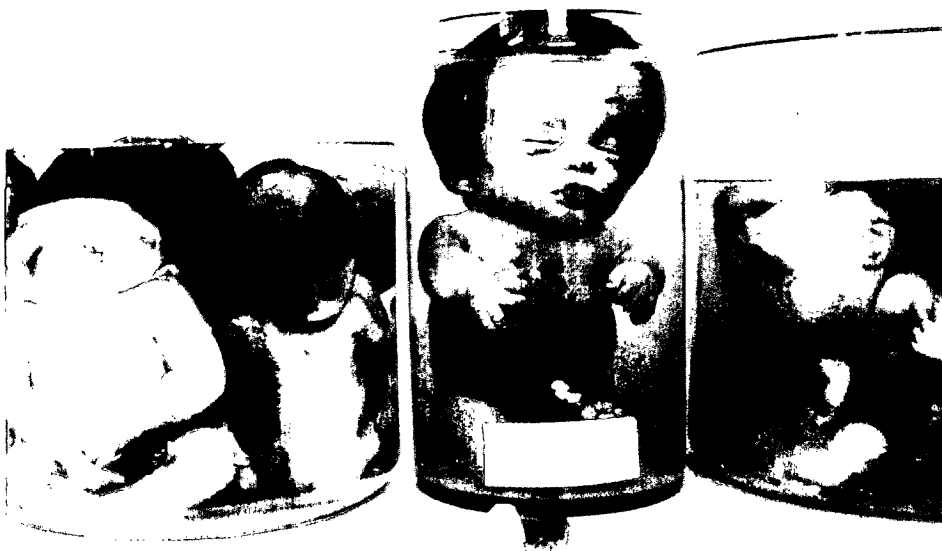
Daß gefährliche Substanzen einfach irgendwo verschwinden, ist in der Branche auch lange nach der Plaumann-Ära noch üblich. Nur etwa die Hälfte der anfallenden Gifte, so ermittelten Müllexperten des Kommunalverbandes Ruhr (KVR) für ihren Bereich, wird auf behördlich genehmigten Deponien abgeladen. „Der Rest“, sagt KVR-Geschäftsführer Udo Thiemann, „bleibt auf Werksgeländen, wird ins Wasser oder sonstwohin gekippt.“

Häufig ist es nur dem Zufall zuzuschreiben, daß der Umweltfrevler entdeckt wird. Zwei rheinland-pfälzische

Über Entwässerungsgräben, so ermittelten die Abgeordneten später, fließen „Chemikalien aus der Deponie ins Grundwasser und in den Fluß Lauter“, wo Angler denn auch ein ihnen zunächst rätselhaftes Fischsterben bemerkten – grenzüberschreitende Umweltvergiftung, wie sie freilich auch durch regulären Transport von Giftmüll zustande kommt.

Es ist ein Leichtes, dem Nachbarn tödliche Fracht aufzuhalten. Bei den zigtausend Giftmülltransporten, die jedes Jahr über die deutschen Grenzen gehen, beschränken Zollbeamte sich in aller Regel auf die Durchsicht der Begleitpapiere mit ihren oft unverfänglichen oder für den Laien unverständlichen chemischen Begriffen. Nur in seltenen Fällen werden Giftanalysen vorgenommen.

„Mit einem Hund“, sagt Wolfgang Burhenne, Geschäftsführer der deut-



Gift-Opfer in Vietnam*: Tod durch Entlaubungsmittel

SPD-Landtagsabgeordnete beispielsweise machten bei einem Spaziergang an der deutsch-französischen Grenze eine „schockierende Entdeckung“: Am Grenzfluß Lauter, zwar auf französischem Staatsgebiet, aber direkt neben einem deutschen Naturschutzgebiet, fanden die Parlamentarier eine rund einen Quadratkilometer große „verwilderte Deponie“ mit Fässern der Hamburger Chemiefirma Beiersdorf.

Neben den Tonnen lagen halbverweste Ratten, Aufschriften warnten vor „Gesundheitsschäden“ beim „Einatmen der Dämpfe“ und wiesen als Inhalt 2,4,6-Tridimethylamin-Methylphenol aus, einen in Grammengen tödlichen Härter für den Beiersdorf-Klebstoff „Technicoll 8353“.

* Mißbildungen an Kindern, deren Eltern mit dem in Vietnam versprühten Chemiegift „Agent Orange“ in Berührung kamen.

schen Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, „kommt man kaum über die Grenze, für Abfalltransporte mit einer ganzen Lasterladung Giftmüll aber ist das kein Problem.“

Bei derart lückenhafter Kontrolle hätte das Seveso-Gift auch ohne weiteres in die Bundesrepublik verbracht werden können. Ist derart gefährliche Fracht erst mal im Lande, fällt sie auch nicht mehr auf – auf den Straßen werden jährlich an die zweihundert Millionen Tonnen explosive, giftige und radioaktive Stoffe transportiert. Weitere fünfzig Millionen Tonnen rollen mit der Bahn, 63 Millionen Tonnen schwimmen in Binnenschiffen über deutsche Flüsse.

Der hessische Umweltbeamte Vahrenholt hat in der Bundesrepublik im Jahr sechshundert Unfälle gezählt, bei denen insgesamt 2,5 Millionen Liter gefährliche Stoffe ausliefen – und es werden womöglich noch mehr, wenn der Giftmüll auf



Tip Nr.1

Nutzen Sie die Wärme kostenloser Luft für Ihr warmes Wasser!

Weniger abhängig sein vom teuren Öl, hin zu den ungenutzten Wärmequellen der Natur – diese Devise verbindet Einsicht und Weitblick.

Schreiten Sie zur Tat: Mit der Wärmepumpe Hitachi Aerotherm gewinnen Sie gut zwei Drittel der zur Erwärmung Ihres Brauchwassers benötigten Energie – aus der sonst verschenkten warmen Luft des Heizungsraumes! Der Rest kommt aus der Steckdose.

Diese Nutzung der Umweltwärme ist besonders effektiv im Sommer und in den Übergangszeiten, wo die Erwärmung des Brauchwassers durch die Heizung bekanntlich recht unwirtschaftlich ist.

Wenn diese Zeilen Ihnen gezeigt haben, daß unsere Argumente nicht aus der Luft gegriffen sind, sollten Sie sich über die Hitachi Aerotherm ausführlicher informieren lassen.

Coupon

Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen bzw. Händlernachweis.

Name

Straße

Wohnort

Hitachi Sales Europa GmbH, Abt. W
Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80

Österreich:
TVG, Fleischmannsgasse 9, 1040 Wien

immer weniger Deponien konzentriert wird und die Transporteure deshalb immer weitere Wege zurücklegen müssen.

Was auf einer der zumeist privatwirtschaftlich organisierten Deponien gelandet ist, läßt sich später kaum noch präzise feststellen. Denn amtlich kontrolliert wird hauptsächlich nach Aktenlage und Augenschein und nur selten anhand von Stichproben nach dem Inhalt von Fässern und Kanistern.

Schon die Eingangsprüben bringen nicht immer objektive Ergebnisse, vor allem dann nicht, wenn es einer darauf anlegt. Die Deponiebetreiber sind nicht in der Lage, aufwendige chemische Analysen zu fertigen, mit denen sich die Gefährlichkeit eines Stoffes erst genau bestimmen ließe. Käme beispielsweise Giftmüll mit undeckelten Dioxin-Beimengungen an, so ließe sich das Gift vor Ort gar nicht nachweisen.

Mal zapfen Müllfahrer, so in der bayrischen Verbrennungsanlage Ebenhausen, eigenhändig Proben unten aus dem Tank – was leichter ist und deshalb oben schwimmt, merkt ja keiner. Mal bringen Giftkutscher, so im niedersächsischen Müncheshagen, ihre Probefläschchen schon abgefüllt mit – was tatsächlich in der Ladung steckt, bleibt Vertrauenssache.

„Alles, was man sich denken kann aus der ganzen chemischen Welt“, transportierte etwa ein Müllfahrer aus den Niederlanden auf westdeutsche Deponien. Verborgene unter Schlamm aus Kraftwerken karte er „den ganzen Dreck“, der in Holland Zündstoff für einen nationalen Umweltskandal abgab, in die Bundesrepublik. Mal wurde das Gift, im niedersächsischen Hoheneggelsen, als „Filterkuchen“ deklariert, mal, im westfälischen Ibbenbüren, als „kalorienreicher Grundstoff“.

Immerhin führte die Bundesrepublik als erstes EG-Land 1974 ein rechtlich festgelegtes Verfahren ein, das – zumindest theoretisch – eine exakte Überwachung des Giftmülls vom Erzeuger über den Transporteur bis zur Deponie erlaubt. Dieser Nachweispflicht dient beispielsweise ein Transportbegleitschein, der, so richtig gründlich, in sechsfacher Ausfertigung mit allen wesentlichen Angaben des zu entsorgenden Stoffs und der beteiligten Unternehmen ausgefüllt werden muß.

Doch auch dieses Subsystem des Müllrechts ist nicht ohne Mängel, die Perfektion macht eine wirkungsvolle Kontrolle nahezu unmöglich. Die Dokumente müssen von Hand ausgefüllt und abgeheftet werden, allein in Bayern jedes Jahr rund 100 000.

Dabei ist keineswegs eindeutig, wie eine bestimmte chemische Substanz deklariert werden muß – ob als Wirtschaftsgut oder Rohstoff, ob als Sondermüll oder Abwasser. Und häufig wird, wie amtliche Umweltschützer wissen, auch bewußt manipuliert, schon um Transportauflagen und Kosten zu spa-



„Dioxin-Test“ in Lüneburg: „Das macht 19 Mark“

ren. Wer das Geld für eine Verbrennung oder Lagerung in einer Sonderdeponie sparen will, braucht nicht einmal Gesetze zu brechen.

Gewerbetreibende, die beispielsweise Lösungsmittel loswerden wollen, können entweder die Tonne für rund dreihundert Mark verbrennen – oder aber für rund den halben Preis deponieren lassen.

Noch billiger kommt es aber, wenn das Gift mit viel Sand vermischt wird. Dann kann das Gemisch wegen der niedrigen Konzentration als „lösemittelhaltige Abfälle“ deklariert und auf einer Hausmülldeponie abgeliefert werden.

Manchmal wird der Müll einfach nicht Müll genannt: Wer will, kann seinen Giftanfall offiziell an einen Geschäftspartner verkaufen – dann gilt der Dreck

als Wirtschaftsgut und unterliegt nicht der Abfallkontrolle. „Mit der Deklaration“, weiß Axel Szelinski vom Umweltbundesamt, „wird viel Schindluder getrieben.“

Viel kriminelle Energie ist freilich gar nicht nötig. Als halb Europa noch nach den Fässern aus Seveso suchte, machten zwei Lokalreporter der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“ in der Provinz einen „Dioxin-Test“:

Mit einem geliehenen Transporter lieferten sie zwei knallrot gestrichene und unter Pappkartons verborgene 200-Liter-Fässer mit der Aufschrift „Dioxin“ auf der Lüneburger Hausmüllkippe an und gaben ihre Fracht als „Sperrmüll“ aus. Der Kippenwärter ließ Transporteure und Fracht unkontrolliert passieren: „Das macht 19 Mark.“



Spitze vom Giftberg

tz, München